

Spieß, Pit

Neue Lehrerarbeitszeitmodelle in Bremen. Zur Neudefinition der pädagogischen Arbeit in der Schule

Die Deutsche Schule 88 (1996) 1, S. 48-55



Quellenangabe/ Reference:

Spieß, Pit: Neue Lehrerarbeitszeitmodelle in Bremen. Zur Neudefinition der pädagogischen Arbeit in der Schule - In: Die Deutsche Schule 88 (1996) 1, S. 48-55 - URN: urn:nbn:de:01111-pedocs-310360 - DOI: 10.25656/01:31036

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:01111-pedocs-310360>

<https://doi.org/10.25656/01:31036>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Die Deutsche Schule

Zeitschrift für Erziehungswissenschaft,
Bildungspolitik und pädagogische Praxis

88. Jahrgang 1996 / Heft 1

Walter Bärsch

ist am 7. Januar im Alter von 81 Jahren gestorben.

Walter Bärsch war in Hamburg in den 60er und 70er Jahren der herausragende Sonderpädagoge, der weit über sein Fachgebiet hinaus bei vielen Pädagoginnen und Pädagogen ein Umdenken bewirkt hat. Für ihn gab es keine Schülerinnen und Schüler, sondern nur Kinder und Jugendliche. Er hat uns gelehrt, sie ganzheitlich zu sehen. Als Vorsitzender des Kinderschutzbundes hat er die Interessen der jungen Generationen wirksam ins öffentliche Bewußtsein gehoben. Innerhalb der GEW hat er in vielen Auseinandersetzungen immer eine klare Position vertreten, aber zugleich vielfach zwischen den Fronten vermitteln können.

Walter Bärsch gehört zu den großen Persönlichkeiten der GEW.

Wir verdanken ihm sehr viel.

Dieter Wunder

Offensive Pädagogik:

Jochen Schweitzer

Abitur 2000 – neue Chancen für alle Schulformen

4

Die Konferenz der Kultusminister hat sich nach zähem Ringen und auf der Grundlage pädagogischen Sachverstands zu einer „Richtungsentscheidung zur Weiterbildung der gymnasialen Oberstufe“ durchgerungen. Was dabei auf den ersten Blick als schmerzlicher Kompromiß erscheinen mag, sollte offensiv gedeutet und gestaltet werden.

Jens-Rainer Ahrens

10

Schulautonomie – Zwischenbilanz und Ausblick

Alle Welt redet von „Autonomisierung der Schule“ – wir auch. Dieser einleitende Aufsatz versucht, Ordnung in die Debatte zu bringen und deutlich auf die Bedingungen hinzuweisen, die gegeben sein müssen, damit „Schulautonomie“ überhaupt möglich wird. Nicht zuletzt stellt sich die Frage, ob die Lehrerkollegien bereit sein werden, zusätzliche Arbeitskraft in eine weitergehende Selbstbestimmung zu investieren.

Norbert Maritzen

22

Im Spagat zwischen Hierarchie und Autonomie

Steuerungsprobleme in der Bildungsplanung

Ausgehend von der These, daß in der gegenwärtigen Autonomiedebatte eine tief-sitzende Krise staatlicher Steuerungskompetenz zum Ausdruck kommt, arbeitet der Verfasser die Chancen, aber auch die Risiken heraus, die mit einer Dezentralisierung der Entscheidungsprozesse im Bildungsbereich unvermeidbar verbunden sind. Insbesondere wird es darauf ankommen, den Irrtum zu vermeiden, daß „Schul-autonomie“ die inhaltlichen Zielbestimmungen einer (staatlichen) Bildungspolitik ersetzen kann.

Ludwig Huber

37

Abriß, Sanierung oder Neubau?

Zum Bericht der KMK-Expertenkommission „Weiterentwicklung der Prinzipien der gymnasialen Oberstufe und des Abiturs“

In erstaunlich kurzer Zeit haben sich die Experten auf einen Bericht verständigt, der zwar keine bahnbrechenden Vorschläge für neue, zukunftsweisende Formen der gymnasialen Oberstufe enthält, der aber hoffentlich geeignet ist, eine Rückkehr zu den alten, vor 1972 herrschenden Lösungen zu verhindern.

Pit Spieß

48

Neue Lehrerarbeitszeitmodelle in Bremen

Zur Neudefinition der pädagogischen Arbeit in der Schule

Hier wird aus der Sicht einer obersten Schulbehörde über die Schwierigkeiten und die Möglichkeiten einer Verständigung über die Lehrerarbeit und die Belastbarkeit der Kolleginnen und Kollegen am „Arbeitsplatz Schule“ berichtet – wobei es gleichzeitig darum geht, die Effizienz des Schulbetriebs zu steigern.

Horst Weishaupt

56

Innerstädtische Disparitäten des Schulbesuchs

Ein Forschungsüberblick

Seit Peiserts klassischer Studie „Soziale Lage und Bildungschancen“ (1967) hat es auch in der Bundesrepublik eine ganze Reihe sozialökologischer Untersuchungen über den Zusammenhang von lokalem Schulanangebot und schichtspezifischem Schulbesuchsverhalten gegeben. Der Verfasser faßt wichtige Einsichten dieses Forschungszweigs systematisch zusammen und gibt zu bedenken, daß die bereits jetzt feststellbaren Disparitäten durch die Tendenz zur Autonomisierung einzelner Schulen noch verstärkt werden könnten.

Udo Rauin, Witlof Vollstädt, Katrin Höhmann

66

und Klaus-Jürgen Tillmann

Lehrpläne und alltägliches Lehrerhandeln

Ergebnisse einer Studie an hessischen Sekundarschulen

Es gibt nur wenig empirisch gesichertes Wissen darüber, wie Lehrpläne Einfluß auf die Unterrichtspraxis nehmen und was Lehrerinnen und Lehrer bei ihrer alltäglichen Unterrichtsarbeit mit den Vorgaben von Lehrplänen tatsächlich tun. Dieser Bericht teilt erste Ergebnisse einer repräsentativen Lehrerbefragung aus hessischen Schulen der Sekundarstufe I mit und kommt zu der begründeten Vermutung, daß veränderte Lehrpläne kaum in der Lage sind, Innovationen im Schulalltag anzuregen und zu befestigen.

Lehrer/innen-Ausbildung im Urteil der Betroffenen**Ergebnisse und Folgerungen**

In den letzten Jahren sind eine ganze Reihe empirischer Untersuchungen entstanden, die ein deutliches Mängelprofil der 2phasigen Lehrerausbildung in der Bundesrepublik erkennen lassen und damit auf bestimmte Reformforderungen verweisen. Der Verfasser zeigt anhand ausgewählter Untersuchungsbeispiele, welche Defizite die Lehramtsstudierenden vor allem beklagen, welche belastenden Erfahrungen im Referendariat gemacht werden und welche Folgerungen sich daraus für eine verbesserte Ausbildung ergeben.

Dieter Vaupel

98

Wochenplanarbeit in einem Gymnasialzweig**Schülerinnen und Schüler lernen, selbständiger zu arbeiten**

Dieser Erfahrungsbericht zeigt anschaulich, daß Wochenplanarbeit eine Unterrichtsform ist, aus der auch Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums großen Gewinn ziehen können. „Wochenplanarbeit eröffnet Möglichkeiten, eigenständig zu lernen, statt immer wieder belehrt zu werden.“

Neuerscheinungen:

- Peter Dudek, Thilo Rauch, Marcel Weeren: Pädagogik und Nationalsozialismus (HGH)
- Peter Dudek: „Der Rückblick auf die Vergangenheit wird sich nicht vermeiden lassen“ (HGH)
- Hans Jürgen Apel: Theorie der Schule (HGH)
- Susanne Popp: Der Daltonplan in Theorie und Praxis (Knoll)
- Susan F. Semel: The Dalton School (Knoll)
- Hermann Schmorbach: Für ein „anderes Deutschland“ (Keim)
- Jahrbuch für Pädagogik 1995: Auschwitz und die Pädagogik (JöS)
- Hilke Günther-Arndt, Hans-Dietrich Raapke (Hg.): Revision der Lehrerbildung (JöS)
- Ewald Terhart, Kurt Czerwenka, Karin Ehrich, Frank Jordan und Hans-Joachim Schmidt: Berufsbiographien von Lehrern und Lehrerinnen (Hopf)
- Gerold Scholz: Die Konstruktion des Kindes (DW)
- Wolfgang Böttcher und Klaus Klemme (Hg.): Bildung in Zahlen (Köpke)
- Hannelore Faulstich-Wieland: Geschlecht und Erziehung (Lemmermöhle)
- Hannelore Faulstich-Wieland und Marianne Horstkemper: „Trennt uns bitte, bitte nicht!“ (BG)
- Roland Käser: Neue Perspektiven der Schulpsychologie (BG)
- Inge Seiffge-Krenke: Gesundheitspsychologie des Jugendalters (BG)
- Hanna Kiper (Hg.): Allgemeinbildung (JöS)

Pit Spieß

Neue Lehrerarbeitszeitmodelle in Bremen

Zur Neudefinition der pädagogischen Arbeit in der Schule

Zur Vorgeschichte

Der frühere Senator für Bildung in Bremen, Dr. Henning Scherf, veröffentlichte in der „Frankfurter Rundschau“ sein Verhandlungsangebot an die Interessenvertretungen bremischer Lehrkräfte, ...

„... möglichst bald mit der Erarbeitung eines neuen, alternativen Lehrerarbeitszeitmodells zu beginnen, eventuell auch binnen kurzem in einzelnen Schulen modellhaft zu erproben und vor allem umfassende Verhandlungen über die Arbeitsbedingungen am Arbeitsplatz Schule aufzunehmen“ (vgl. Scherf 1994).

Nach intensiven Verhandlungen wurde schließlich am 3. Mai 1995 der „Kooperationsvertrag über die Entwicklung, Erprobung und mögliche Implementierung neuer Lehrerarbeitszeitmodelle“ zwischen der Bildungsbehörde und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Bremen, geschlossen. Der Vertrag regelt nur die Rahmenbedingungen der Lehrerjahresarbeitszeit von 1694 Stunden (orientiert an der tariflich vereinbarten Arbeitszeit im öffentlichen Dienst), die Schulen sollen die Arbeitszeitmodelle entwickeln und erproben. Die Ergebnisse einer Mitgliederbefragung, die die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Bremen während der Verhandlungen in Auftrag gegeben hatte, ergab eine klare Mehrheit der Befragten für Versuche mit neuen Lehrerarbeitszeitmodellen und beschleunigte letztendlich die Verhandlungen.

Die Gemeinschaft Bremischer Lehrerverbände im Deutschen Beamtenbund hat erst im September 1995 einen Beitritt zum Kooperationsvertrag bzw. die Unterzeichnung einer dreiseitigen Erklärung (Beamtenbund, GEW, Senator für Bildung), die die Unterstützung des Kooperationsvertrages zum Inhalt hatte, abgelehnt. Die Beamtenbundsfunctionäre konnten offenbar nicht akzeptieren, daß Verhandlungen notwendigerweise zu einem Konsens führen müssen, bei dem die ursprünglichen Positionen nur teilweise wiedergegeben werden.

Die Interessen des Senators für Bildung an neuen Lehrerarbeitszeitmodellen

Alle Überlegungen über die Notwendigkeit neuer Lehrerarbeitszeitmodelle in Bremen werden von zwei grundsätzlichen Zielvorstellungen geleitet:

- Zum einen die Förderung der erweiterten Autonomie von Schule im Rahmen des ISP/OE-Prozesses wie im bremischen Schul- und Schulverwal-

tungsgesetz vom 20. Dezember 1994 festgeschrieben. Erweiterte Autonomie von Schule muß neben der Gestaltungsautonomie, neben größerer wirtschaftlicher und organisatorischer Autonomie auch eine stärkere Gestaltungsmöglichkeit der Zeitstrukturen in der Schule bedeuten.

• Zum anderen die Verbesserung des Dienstleistungsangebotes der Schulen unter den Bedingungen leerer Haushaltskassen. Bundesweit werden in Zukunft mehr Schülerinnen und Schüler von weniger Lehrkräften unterrichtet werden. Das Land Bremen mußte sich 1992 vor dem Bundesverfassungsgericht, wo es eine Besserstellung im Bund-Länder-Finanzausgleich erstritt, verpflichten, seine staatlichen Leistungen dem Bundesniveau anzupassen. Bremische Schulen sind doppelt betroffen: die Schüler-Lehrer-Relation muß bis zum Jahr 2000 einem Bundesniveau angepaßt werden (1992 war dieses Verhältnis bundesweit 16,7, in Bremen aber 13,2 Schüler/innen pro Lehrerstelle), das sich jährlich wegen der leeren Haushaltskassen der Länder weiter verschlechtert.

Dem flüchtigen Betrachter mag es so vorkommen, als ob diese beiden Ziele zu gegensätzlich seien, um sie gemeinsam erreichen zu können. Ich gebe allerdings zu bedenken: Reformen in Zeiten voller Haushaltskassen haben oft nur zu Ergänzungen von bereits Bestehendem geführt. Erst leere Kassen zwingen alle Beteiligten dazu, die eigenen Vorstellungen auf den Prüfstand der Wirtschaftlichkeit zu stellen, ob die vorhandenen Ressourcen in Schule wirklich im Interesse der Schülerinnen und Schüler und ihrer Eltern sinnvoll eingesetzt sind.

Verhandeln statt Verordnen

Aus der Sicht des Senators für Bildung kann ein Prozeß, der mehr Autonomie und mehr Effizienz in den Schulen ermöglichen soll, nur im Konsenswege zwischen dem Senator für Bildung, den Lehrkräften und den Interessenvertretungen der in Schule Beschäftigten erreicht werden.

So wurde bisher in Bremen die Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte „einseitig“ durch ein Gesetz in der Bürgerschaft beschlossen. Die Interessenvertretungen der Lehrkräfte wurden über die Beteiligung der Spitzenverbände am Gesetzgebungsverfahren beteiligt.

Der Kooperationsvertrag sieht vor, daß in Zukunft die Lehrerarbeitszeit und die Arbeitsbedingungen in den Schulen zwischen dem Senator für Bildung als Arbeitgeber und den Interessenvertretungen der Lehrkräfte als Vertreter der Arbeitnehmer auf der Basis der im öffentlichen Dienst geltenden wöchentlichen Arbeitszeit ausgehandelt und vertraglich fixiert werden können. Dieser Ansatz steht in der Tradition der Organisationsentwicklung, die die gezielte und geplante Veränderung von Unternehmen/Behörden durch verhaltenswissenschaftliche Methoden zum Thema hat: die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter lernen, eigenverantwortlich Lösungen für ihre Probleme zu entwickeln (vgl. Becker 1993, S. 17). Dies ist auch ein Schritt weg von der herkömmlichen „Beamtenmentalität“, bei der der Dienstherr alle Regelungen für den (und im Sinne des) Bediensteten trifft, hin zu einem Konsensverständnis, das die Verantwortung auf alle Schultern zu verteilen sucht.

Dieser „Paradigmenwechsel“ soll auch auf die effiziente Mittelverwendung in der Schule übertragen werden: Sparen im Bildungsbereich wurde in der Vergangenheit quantitativ unter der Prämisse eines geringeren Personal- und Sachmitteleinsatzes pro Schüler/in diskutiert. Die Lösungen waren:

- größere Klassen,
- gekürzte Stundentafeln,
- mehr Unterrichtsverpflichtung pro Lehrkraft.

Intelligentes Sparen bedeutet jedoch auch, den Sachverstand aller an Schule Beteiligten in die Überlegungen, wie das schulische Angebot qualitativ wirtschaftlicher gestaltet werden kann, einzubeziehen, um ein kostengünstiges Angebot zu realisieren. In der „freien Wirtschaft“ nutzt man das Know-how der Mitarbeiter/innen schon lange. In Workshops, moderiert von externen Unternehmensberatungen, entwickeln und erproben die Arbeitnehmer/innen effizientere Arbeitsabläufe und Arbeitszeitmodelle, die dem Unternehmensziel und den Mitarbeiter/innen dienen (vgl. Stern 1995). *Dieses wollen wir auch auf die Schulen übertragen!*

Die o.g. Überlegungen in der Bildungsbehörde treffen auf eine Diskussion in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, ob der Zwang zum Sparen in den Landeshaushalten nicht eine grundsätzliche Änderung der Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte verlangt. Die GEW solle weg aus der Defensive, so Dieter Wunder, sie solle sich zukünftig stärker als in der Vergangenheit in den Sparprozeß einmischen, sei es mit der Absicht, Verschlechterungen geringer zu halten als beabsichtigt, sei es, um Kompensationen zu finden, sei es, in anderer Weise den gewerkschaftlichen Einfluß zu stärken (vgl. Wunder 1995).

Betroffene zu Beteiligten machen – dies gilt auch für die Entwicklung und Erprobung der Lehrerarbeitszeitmodelle

Wenn wir die oben ausgeführten Prinzipien der Organisationsentwicklung sinnvoll halten und auf das Verhältnis Behörde – Schule übertragen wollen, hat dies Konsequenzen für die Umsetzung neuer Lehrerarbeitszeitmodelle. Sie kann grundsätzlich nur gemeinsam mit den Beteiligten in der Schule realisiert werden – also in erster Linie mit den Lehrkräften, deren individuelle Arbeitszeit es ja primär zu gestalten gilt – aber auch mit den anderen Personengruppen in den Schulen: den Eltern, den Schüler/innen, dem nichtunterrichtenden Personal. Nur bei einer angemessenen Respektierung der Interessen und vor allem der Motivation aller Beteiligten kann eine solche Umstellung gelingen.

Wenn die Schulen wissen, daß sie nicht mehr Objekt von Behördenhandeln sind, sondern die Bildungsbehörde als Unterstützungssystem annehmen, das den schulischen Sachverstand akzeptiert, wird der Prozeß der Implementation funktionieren. Dazu brauchen beide Seiten Vertrauen in die Redlichkeit des jeweils anderen und genaue Festlegungen der „Geschäftsgrundlage“.

Die Schulen brauchen eine neue Zeitstruktur

„Die Grundeinheit der herkömmlichen Form der Stundenplangestaltung in deutschen Schulen ist die 45-Minuten-Stunde; Doppelstunden gibt es ge-

wöhnlich für wenige Fächer, darüber hinaus meistens eher als Notlösung aus stundenplantechnischen, nicht aus didaktischen Gründen. Die unterschiedlichen Aufgaben des Unterrichts ... erfordern eigentlich eine reichere Palette von Zeiteinheiten. Z.B. sind für Unterricht im Sinne der Arbeit an Schlüsselthemen, für exemplarisches Lernen usf. Doppelstunden eigentlich eine Minimalbedingung; die optimale Form ist hier der Epochalunterricht.“ (Freie Hansestadt Bremen 1992, S. 78)

Wir dürfen nicht vergessen, daß die Einführung der Stundentafel bzw. der Unterrichtsstunde als Strukturierungsinstrument aus einer Epoche stammt, in der Disziplinierung durch äußere Rahmensetzung eine positive Sozialisationsfunktion hatte, um Schüler/innen und deren Eltern den Wert von Disziplin, Zeitdisziplin und Rechenhaftigkeit im Umgang mit der Zeit und den Dingen zu vermitteln.

Das „Bremer Perspektivenlabor“ hat dargelegt, daß sich die Arbeitszeiten des einzelnen doppelt im Zeitbudget einer Stadt niederschlagen: Aus der Sicht des Arbeitnehmers sind dies durch die Arbeit festgelegte Zeiten, für den „Kunden“ sind es die Zeiten, in denen bestimmte Güter bzw. Dienstleistungen zugänglich sind. Arbeitszeit thematisiert also gleichzeitig und kontrovers das „Zeitangebot“ und die „Zeitnachfrage“ (vgl. Wasewa 1994, S. 35). In der aktuellen Diskussion über die Ladenschlußgesetze wird diese Kontroverse deutlich: die Kunden wollen deren Aufhebung, die Beschäftigten im Einzelhandel zumindest die Beibehaltung.

In den Schulen bestimmt die Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte die Organisationsplanung und den -ablauf, die Unterrichtsorganisation und die Anwesenheit der Lehrkräfte. Hier besteht die o.g. Kontroverse zwischen den Zeitinteressen der Lehrkräfte und der Schüler/innen. Die Schulen müssen sich zukünftig in ihren Öffnungszeiten konsequenter an den Bedürfnissen der Schüler/innen und ihrer Eltern orientieren. Dies bedeutet den Übergang von einer primär lehrerzentrierten Schule zur stärkeren Entfaltung von Schule als gemeinsamer Lebens- und Arbeitsraum.

Wir brauchen eine Neudefinition der Lehrerarbeit

Den Aufwand, den Lehrkräfte betreiben (wollen oder sollen), um ihren Beruf ordentlich zu machen, bezeichnen wir als Lehrerarbeitszeit. Sie spiegelt keinen gerecht organisierten Lehreralltag wider, sondern besteht hauptsächlich aus den Komponenten Pflichtstunden und der daraus abzuleitenden Vor- und Nachbereitungszeit. Sie führt zu großen Unterschieden im faktischen Zeitaufwand zwischen den einzelnen Lehrergruppen, zum Beispiel bei unterschiedlichen Fächern und Schulstufen, aber auch zwischen Lehrkräften unterschiedlicher Arbeitseinstellung. Routine, Dauer der Berufsausübung und anderes mehr spielen auch eine Rolle.

Die herkömmliche Pflichtstundenregelung verstellt den Blick auf die anderen Lehrertätigkeiten, die in den Schulen der Gegenwart einen immer wichtigeren Stellenwert neben der Unterrichtserteilung und Vor- und Nachbereitung haben: z.B. Betreuung, Beratung, Kooperation mit Kolleg/innen, Teamarbeit, Organisation von Schule, Elternarbeit, Fortbildung, Innovation, Evaluation u.v.m. Die Qualität und der Umfang dieser Tätig-

keiten ist zur Zeit in die alleinige Verantwortung der Lehrkräfte gestellt, was die bremische Gesamtschüler/innenvertretung zu der Behauptung veranlaßte, die herkömmliche Pflichtstundenregelung bevorteile die Lehrkräfte, die wenig tun (vgl. die Stellungnahme der GesamtschülerInnenvertretung Bremen zu Arbeitszeitmodellen für LehrerInnen, vom 26.08.1994, S. 27).

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hat gerade eine neue Strukturierung der Lehrerarbeit vorgeschlagen. Danach sollen zukünftig die einer Schule insgesamt zugewiesenen Personalressourcen in ...

... Tätigkeiten zusammen mit Schülerinnen und Schülern,

... vor- und nachbereitende Tätigkeiten zu 1.,

... Tätigkeiten zur Qualitätsentwicklung, Qualitätssicherung und Organisation ...

... von Schule im Verhältnis von 45%, 40% zu 15% aufgeteilt werden (vgl. Putzhammer/Goesch 1995, S. 18 ff.).

Die Aufteilung der o.g. Gesamtpersonalressourcen auf die einzelnen Lehrkräfte soll in den Gremien der Schule geschehen. Die Kollegien könnten so flexibler auf die Notwendigkeiten der Schule und ihres sozialen Umfeldes reagieren und die Interessen der Lehrkräfte besser berücksichtigen. Der Kooperationsvertrag ermöglicht, die Gesamtheit der Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte am Arbeitsplatz Schule in den Blick zu nehmen und in den Schulen die reale Belastung der Lehrer/innen situationsangemessen, sowohl auf das Kollegium als auch individuell auf die einzelnen Lehrkräfte bezogen, zu berücksichtigen:

- So können zukünftig die Schulen z.B. die Belastungsunterschiede zwischen den einzelnen Fächern und dem für sie erforderlichen Vor- und Nachbereitungsaufwand berücksichtigen.

- Ein anderer Ansatz wäre z.B., die verschiedenen Lehrertätigkeiten der Lehrkräfte im Kollegium unterschiedlich zu gewichten: Klassenlehrer/innen können dann z.B. mehr Arbeitszeit in Elternkontakte und Schüler/innenberatung investieren als Fachlehrer/innen; außerunterrichtliche Lehrerarbeiten, die z.B. das Schulprofil prägen, können angemessen berücksichtigt werden.

- Die Lehrerarbeitszeit könnte z.B. enger an zu unterrichtende Schülerzahlen gekoppelt werden, um den Schulen mehr Entscheidungsspielraum über die Einrichtung kleinerer Lerngruppen mit weniger Unterricht oder größerer Lerngruppen mit mehr Unterrichtsangebot zu geben.

- Einzelne Schulen könnten Präsenzzeiten außerhalb der eigentlichen Unterrichtszeit festlegen, um z.B. Team- oder Kooperationsarbeit zu unterstützen u. v. m.

Ein neues Verständnis von Lehrerarbeit erfordert eine veränderte Arbeitsorganisation und ein verändertes pädagogisches Bewußtsein der Lehrkräfte. Neue Lehrerarbeitszeitmodelle müssen neue Möglichkeiten der Unterrichtsorganisation ermöglichen:

- von vornherein fächerübergreifender Projekt- oder Epochenunterricht,
- längerfristige Arbeit in Teams,
- gleitende Übergänge zwischen Unterricht und pädagogischer Betreuungsarbeit etc.

Bemerkenswert ist doch, daß in allen Bereichen der Wirtschaft Arbeitnehmer/innen die Teamarbeit als zeitsparend und effizienzsteigernd anerkennen. In den Schulen ist dies anders. Kollegiale Zusammenarbeit wird kaum praktiziert, weil zuwenig Zeit dafür vorhanden sei (vgl. Schoene 1995, S. 61). Hier besteht Qualifizierungsbedarf für Lehrkräfte.

Wir müssen unsere traditionellen Vorstellungen von „Unterricht“ überdenken. Unterricht war in der Vergangenheit nur im Kontakt von Lehrkräften mit Schülerinnen und Schülern vorstellbar. Wir wollen in dieser Diskussion auch an die Entkoppelung von Lehr- und Lernzeiten denken. Lernzeiten sind die Zeiten, die Lehrkräfte in Unterricht investieren, Lernzeiten sind in diesem Prozeß die Zeiten, in der Schüler/innen lernen. Um „Lernen zu lernen“, können zukünftig in der Schule Schülerarbeitszeiten ohne Lehrerkontakt geplant werden; Lernzeiten, in denen die Schüler/innen eigenständig arbeiten und ihre Ergebnisse in den Unterricht zurückspeiegeln. Die Schüler/innen würden dann ihre Schulzeit im Wechsel von Unterrichtsstunden, Formen selbständigen Lernens, Neigungszeiten, Aufenthaltszeiten, „Arbeitsproben“ außerhalb der Schulen in Verantwortung der Schulen etc. erleben. Der Unterrichtstag der Lehrkräfte wäre gegliedert in Unterrichtszeiten, Betreuung von Schülerarbeitszeiten, Aufsichtszeiten und sonstige Kontakte mit Schülerinnen und Schülern (vgl. GEW 1995, S. 29).

Die (Unterrichts-)Stundentafeln müssen deshalb neu geschrieben und gestaltet werden, nämlich flexibel mit Bezug auf (60minütige) Jahresstunden des jeweiligen Unterrichtsvolumens, das dann die Schulen in eigener Verantwortung verteilen, gestalten und realisieren sollen.

Das Gutachten zum Thema „Belastung am Arbeitsplatz Schule“

Die Verhandlungsparteien haben gemeinsam ein Gutachten verabredet, das die Belastungen am Arbeitsplatz Schule untersuchen und Vorschläge erarbeiten soll. Eine „Expertenrunde“ aus mehreren Fachleuten unterschiedlicher Profession berät die Vertragsparteien über das geplante Untersuchungsdesign.

Wir wollen die Belastungsfaktoren an bremischen Schulen erforschen lassen, um gemeinsam mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und den Personalräten Vorschläge entwickeln zu können, welche der Belastungen abgebaut werden können, ohne die Qualität von Schule zu beeinträchtigen.

Bei den Beratungen zeichnet sich ab, daß nicht nur die Belastung am Arbeitsplatz Schule, sondern die Belastetheit der einzelnen Lehrkraft ein Problem zu sein scheint. Lehrkräfte müssen in Zukunft mehr Unterstützung erfahren, wie sie ihre außerunterrichtlichen Lehrerarbeiten effizienter organisieren können. Sie haben kaum Kriterien, um zu beurteilen, wann sie ihre außerunterrichtlichen Aufgaben gut erfüllt haben, und bleiben oft unzufrieden mit den Ergebnissen ihrer Arbeit. Daher investieren teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte eher mehr Zeit in ihre Unterrichtsvorbereitung, ohne zufriedener mit den Ergebnissen zu sein.

Ein wesentliches Überlastungsmoment der Lehrkräfte liegt weiterhin in der individuellen Kumulation von Unterricht, individueller Vor- und Nachbe-

reitung, individueller Gestaltung und Auswertung von Klassenarbeiten etc. Dieses Überlastungsgefühl wird wohl nur zu durchbrechen sein, wenn es mehr kollegiale Vorbereitung, Pools mit leicht greifbaren Unterrichtseinheiten, gemeinsame oder arbeitsteilige Erstellung und Auswertung von Klassenarbeiten etc. gibt (Döbrich 1994, S. 63). Hier müssen wir Qualifizierungsangebote entwickeln und vorhalten.

Das Durchschnittsalter der Lehrkräfte in Bremen, die vorzeitig aus gesundheitlichen Gründen den Dienst quittieren müssen, liegt um einige Jahre unter dem Durchschnitt potentiell vergleichbarer Berufsgruppen. In über der Hälfte der Fälle müssen diese Lehrkräfte aufgrund schwerer seelischer Störungen bzw. Krankheitsbildern, aber auch wegen eines „Überforderungssyndroms“ ausscheiden. Fast immer treffen berufliche und private Überforderungssituationen aufeinander. Frauen sind offensichtlich höheren Belastungen ausgesetzt als Männer. Dies ergab eine Untersuchung der Ärzte des Hauptgesundheitsamtes in Bremen.

Im Rahmen des vereinbarten Gutachtens sollen daher auch die gesundheitlichen Belastungen der Lehrkräfte am Arbeitsplatz Schule genauer erforscht und auf der Basis aller Erkenntnisse ein „Präventionsprogramm“ aufgelegt werden, um den Lehrkräften Hilfestellungen anzubieten, wie sie ihre Aufgaben besser erfüllen können, ohne mit ihrer Gesundheit „Raubbau“ zu betreiben.

Einige Überlegungen zur Effizienzsteigerung in den Schulen

Die Erhöhung der Lehrerpflichtstunden um eine Unterrichtsstunde pro Woche bringt einen theoretischen Rationalisierungseffekt von ca. 4% (3,85% in der Primarstufe, 4,35% in der Sekundarstufe II). Erfahrungen aus anderen Bundesländern zeigen, daß der „Demotivationseffekt“ der Lehrkräfte sehr negative Auswirkungen auf das Schulleben hat. Ich verspreche mir jedoch mittelfristig eine beträchtliche Effizienzsteigerung in den Schulen und eine spürbare Entlastung des Haushaltes von neuen Lehrerarbeitszeitmodellen auf der Basis einer Jahresarbeitszeit:

- Wissenschaftliche Untersuchungen beschäftigen sich z.B. mit der Frage, wieviel von den zu leistenden Pflichtstunden einer Lehrkraft wirklich im Unterricht ankommen, weil die Lehrkraft ihre Arbeitsleistung wohl anbietet, die zu unterrichtenden Schüler/innen aus organisatorischen/pädagogischen Gründen jedoch nicht unterrichtet werden können (Klassenfahrten, Klausuren, Prüfungen). Diese Diskrepanz zwischen der sog. nominalen und tatsächlichen Unterrichtszeit soll zwischen 7 und 16% betragen (Döbrich 1994, S. 51 f.). Zur Zeit gibt es keine ausreichenden Regelungen, wie diese nicht abgefragte Arbeitszeit über einen längeren Zeitraum ausgeglichen werden kann. Erst die Festlegung einer Jahresarbeitszeit für Lehrkräfte würde dies ermöglichen.

- Berechnungen haben ergeben, daß allein die Umstellung der Stundenzuweisungen von der Pflichtstundenregelung zur Jahresarbeitszeit einen Rationalisierungseffekt erbringen kann. Dies liegt an der Möglichkeit, schulische Tätigkeiten, die kaum bzw. keine Vor- und Nachbereitungszeiten nach sich ziehen (z.B. Schulleitungs-/Organisationsstunden), auf der Basis von 220 Arbeitstagen zu veranschlagen: Unterricht wird nur an 185 Tagen er-

teilt. Zur Zeit werden jedoch für alle Lehrertätigkeiten Unterrichtsstunden zur Verfügung gestellt, die die Arbeitszeit der Lehrkräfte mit Vor- und Nachbereitung belegen.

● Im Zuge des Lehrerüberhangs Anfang der 80er Jahre sind in Bremen viele schulische Tätigkeiten, die vorher vom nichtunterrichtenden Personal erledigt wurden, auf Lehrkräfte übertragen worden. Es scheint mir dringend erforderlich, aus pädagogischen und haushaltstechnischen Gründen zu überprüfen, inwieweit die Lehrkräfte immer ihrer Qualifikation und ihrem Gehalt entsprechend eingesetzt sind. Wenn alle Lehrertätigkeiten im Rahmen neuer Arbeitszeitmodelle in Betracht gezogen würden, wäre besser beurteilbar (auch unter pädagogischen Gesichtspunkten), welche dieser anfallenden Tätigkeiten sinnvollerweise von Lehrkräften oder aber, um die vorhandenen Lehrkräfte für Unterricht freizusetzen, von anderen (lohnkostengünstigeren) Beschäftigtengruppen in der Schule geleistet werden sollen.

Literatur

Becker, Manfred: Personalentwicklung. Die personalwirtschaftliche Herausforderung der Zukunft. Bad Homburg (Gehlen) 1993

Döbrich, Peter: Gründe für eine Veränderung der Lehrerarbeitszeit in Hessen. In: Im Gespräch. Heft 7. Bildung sichern. Eine Schriftenreihe des hessischen Kultusministeriums. Wiesbaden 1994

Freie Hansestadt Bremen (Hg.): Innovation und Kontinuität. Empfehlungen zur Schulentwicklung in Bremen. Bericht der Kommission zur Weiterführung der Schulreform in Bremen. Bremen 1992

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Hg.): Schule ist mehr als Unterricht. Ein neues Arbeitszeitmodell für Lehrerinnen und Lehrer. Ein Diskussionsvorschlag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Frankfurt 1995, S. 29

Putzhammer, Heinz / Heiko Gosch: Ein neues Arbeitszeitmodell für Lehrerinnen und Lehrer. In: Erziehung und Wissenschaft. Nr. 10/95

Scherf, Henning: Was gehört zur Arbeitszeit der Lehrer? In: Frankfurter Rundschau vom 18.8.1994

Schoene, Birgit: Welches Zeiterleben haben LehrerInnen und wie gehen sie mit dem Faktor Zeit im Schulalltag um? Diplomarbeit im Fach Pädagogik an der Universität Bremen. 1995

Stern 1995: Arbeitsmarkt: Neue Jobs für zwei Millionen. In: Stern Nr. 6/95, S. 114 ff.

Wasewa, Günter: Perspektiven für Bremen. Herausg. Vom Senator für Bildung und Wissenschaft und der Universität Bremen 1994

Wunder, Dieter: Verabschieden wir uns von der Defensive. In: Frankfurter Rundschau vom 15.7.1995

Pit Spieß, geb. 1952, Lehrer für die Sekundarstufe II, arbeitet beim Senator für Bildung, Wissenschaft, Kunst und Sport als Referent für Personalentwicklung in der Schule und ist u.a. verantwortlich für das Thema „neue Lehrerarbeitszeitmodelle“. Anschrift: c/o Senator für Bildung, Wissenschaft, Kunst und Sport (34-5), Rembertiring 8 – 12, 28195 Bremen